Abg. Hartmann bat die Verwaltung, noch einmal kurz die Vor- und die Nachteile der geplanten Beteiligung aufzuzeigen, insbesondere zur Frage der Ruhendstellung und der Rechte aus den Treuhandverträgen.

Frau Udelhoven führte aus, derzeit würden in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsprüfern der RSVG die erforderlichen Vertragswerke erarbeitet. Nach mündlicher Auskunft der Wirtschaftsprüfer könnten die Treuhandverträge ruhend gestellt werden. Der Kreis sei, wenn auch ein Stück weit mittelbar, nach wie vor 100%iger Gesellschafter der RSVG, weshalb alle bisherigen Rechte weiterhin gesichert seien.

Abg. H. Becker fragte, warum in den Beschlussvorschlag der Verwaltung unverbindlich formuliert sei, dass die Verwaltung nur beauftragt werde, darauf hinzuwirken, dass der steuerliche Nachteil möglichst ausgeglichen werde. Vielleicht sei es zielführender, die Zustimmung des Kreises genau daran zu binden.

Frau Udelhoven antwortete, sofern der Rhein-Sieg-Kreis seine RWE-Aktien in diesem Modell nicht auf die RWEB übertrage, sei das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg auf der Ebene der RWEB möglicherweise nicht aufrecht zu erhalten mit der Folge, dass der Rhein-Sieg-Kreis eventuell eine Einbuße bei der Dividendenzahlung in Höhe von 171.000,- € hätte. Durch dieses Modell habe der Kreis also den Vorteil, keinen steuerlichen Nachteil in der genannten Höhe zu haben. Die Frage sei nur, ob die um rund 31 T€ geringere Dividende, die der Kreis als Folge aus diesem Modell zukünftig erhalte, in weiteren Verhandlungen noch vermieden werden könne. Durch das Einbringen der RWE-Aktien des Kreises in diese Gesellschaft würde für viele das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg gerettet. Daher dürfe sich für den Kreis aus Sicht der Verwaltung hieraus keine Verschlechterung ergeben.

Kreiskämmerer Ganseuer schlug vor, die weiteren Verhandlungen bis zur Sitzung des Kreistags am 13.12.2007 abzuwarten. Die Verwaltung werde das Ergebnis der Verhandlung rechtzeitig mitteilen.

Der Vorsitzende stellte Einvernehmen fest, so zu verfahren und ließ dann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen: